16 / 2013 www.SBL2013.de 17.05.13

Infoservice

Sabines Woche

Sabine Bätzing-Lichtenthäler:
Ihre Bundestagsabgeordnete für den Wahlkreis Neuwied/Altenkirchen

Hallo Wahlkreis !

Liebe Genossinnen und Genossen,
der Wahlkampfmodus ist nun eingeschaltet. Hier in Berlin laufen die letzten 128 Tage bis zur Wahl. Obwohl „laufen“ ist eigentlich falsch, es herrscht Stillstand. Purer Stillstand. Die Koalition blockiert in den Ausschüssen Abstimmungen, indem sie Oppositionsanträge einfach von der Tagesordnung absetzt und die Kanzlerin schwingt sich von Gipfel zu Gipfel. In dieser Woche hat der 45. (!) Gipfel stattgefunden…aber über allen Gipfeln ist Ruh‘. Der Demografiegipfel war dann wirklich DER Gipfel: Verlangt sie doch in ihrer Demografiestrategie den Ausbau von Mehrgenerationenhäusern und stellt gleichzeitig die Finanzierung ein. Verlangt die Vereinbarkeit von Familie und Beruf und zahlt gleichzeitig Betreuungsgeld. Verlangt zukunftsfeste Pflege und schafft es gleichzeitig nicht den Pflegebedürftigkeitsbegriff neu zu definieren. Mehr Widerspruch geht nicht. Unfassbar.
Schwarz-Gelb IST der Gipfel! Herzlichst
eure Sabine

Berlin

Jakob-Kaiser-Haus
Platz der Republik 1
11011 Berlin

Telefon: (0 30) 22 77 74 32
Fax: (0 30) 22 77 64 44
sabine.baetzing-lichtenthaeler@bundestag.de

Wahlkreis

Betzdorf
Bahnhofstraße 19
57518 Betzdorf

Telefon: (0 27 41) 2 54 54
Fax: (0 27 41) 2 74 61
sabine.baetzing-lichtenthaeler@wk2.bundestag.de

Puderbach
Mittelstraße 17
56305 Puderbach

Telefon: (0 26 84) 9 57 10 60
Fax: (0 26 84) 9 57 10 61
sabine.baetzing-lichtenthaeler@wk.bundestag.de

Topthema

Berufsbildungsbericht 2013 – Das muss besser werden!

Von einer guten Ausbildungssituation kann keine Rede sein. Zum 30.9.2012 wurden 551.272 Ausbildungsverträge neu abgeschlossen. Das ist ein Minus von 3,2 Prozent im Vergleich zum Vorjahr. Einen niedrigeren Wert gab es nur 2005. Angesichts der anhaltenden Probleme im Übergang von der Schule in eine Ausbildung, der niedrigen Ausbildungsbetriebsquote sowie der hohen Anzahl von jungen Erwachsenen ohne Berufsabschluss ist es geradezu vermessen, die Ausbildungssituation für viele Jugendliche in Deutschland, als gut zu bezeichnen.
Unberücksichtigt bleiben dabei die regionalen Unterschiede beim Lehrstellenangebot. So stehen laut Bundesagentur für Arbeit die Schulabgänger in NRW, Berlin, Hessen, Niedersachsen, Rheinland-Pfalz und Brandenburg einer spürbaren Lehrstellenknappheit gegenüber. Die Reform des Übergangsbereich von Schule in Beruf ist überfällig. Hier versagt die schwarz-gelbe Bundesregierung. Mehr als 250.000 Jugendliche stecken in einer Maßnahme, die nicht zu einem qualifizierten Abschluss führt. Sogar die Geschäftsführung des Deutschen Industrie- und Handelskammertages ist davon überzeugt ist, dass 100.000 von ihnen sofort erfolgreich in eine Ausbildung, mindestens aber eine Einstiegsqualifizierung starten könnten.
Der Maßnahmendschungel aus über 100 verschiedenen Bundes- und Länderprogrammen muss endlich gelichtet und auf einige wenige effektive und praxisorientierte Angebote reduziert werden. Vor dem Hintergrund der Fachkräftesicherung wollen wir die Ausbildungsbetriebsquote auf mindestens 30 Prozent erhöhen. Derzeit bilden nur noch 21,7 Prozent der Betriebe aus. Besonders die Kleinstbetriebe weisen ein Minus von sechs Prozent aus. Das ist historischer Tiefststand, der dem gleichzeitigen Ruf nach Fachkräftesicherung entgegensteht.
Wir schlagen ein Sofortprogramm „2.Chance auf Berufsausbildung“ für die 1,5 Millionen jungen Erwachsenen in unserem Land zwischen 25-35 Jahren ohne Berufsabschluss vor. Niemand darf verloren gehen.
Ein Berufsabschluss gehört dazu, um am Arbeitsmarkt Fuß zu fassen und von seiner eigenen Hände Arbeit leben zu können.
Wir wollen, dass die Vermittlung in Ausbildung Vorrang vor der Vermittlung in Arbeit hat, auch für die jungen Erwachsenen bis 35 Jahre. Wer bereits arbeitet und sich für eine Ausbildung entscheidet, den wollen wir finanziell unterstützen. Ein entsprechender Antrag liegt vor und wird im Juni im Deutschen Bundestag beraten.

Arbeit & Soziales

Psychische Belastungen am Arbeitsplatz - Handeln!

Psychische Belastungen in der Arbeitswelt nehmen immer weiter zu. Stress entsteht durch Arbeitsverdichtung und dauernde Erreichbarkeit. Das betrifft den Arbeiter auf Montage, genauso wie die Führungskraft im Management. Im Umgang mit diesem Stress gibt es aber noch viel Unsicherheit. Darüber sind sich alle Sachverständigen bei der Anhörung einig gewesen. Fast übereinstimmend wurde von den Sachverständigen die mangelhaften Aufsichtsdienste der Länder kritisiert.
Die Gewerkschaften haben betont, dass die schwarz-gelbe Regierung nichts unternommen hat, um psychische Belastungen in der Arbeitswelt zu reduzieren. Es zeigt sich: Union und FDP kümmern sich nicht um die Sorgen und Nöte der Menschen in den Betrieben.
Wir fordern deshalb in dem Antrag „Arbeitsfähigkeit von Beschäftigten erhalten – Psychische Belastungen in der Arbeitswelt reduzieren“ klare Regeln dazu, was Arbeitgeber und Arbeitnehmer gegen psychische Belastungen tun können. Wir brauchen eine Anti-Stress-Verordnung im Arbeitsschutzgesetz, um Rechtssicherheit zu schaffen. Nur mit einer Verordnung stellen wir sicher, dass wir nicht nur über Stress am Arbeitsplatz reden, sondern endlich in den Betrieben auch gehandelt wird.
Zur besseren Kontrolle muss die Gewerbeaufsicht personell und sachlich wesentlich gestärkt werden. Bei gesetzlichen.

Verstößen müssen die Aufsichtsbehörden wirksame Sanktionen verhängen können und tatsächlich anwenden. Grundsätzlich verfolgen wir in unserem Antrag zwei Stoßrichtungen: Zum einen wollen wir dafür sorgen, dass die bestehenden Gesetze nicht mehr umgangen werden können. Zum anderen wollen wir mangelnden Gesundheitsschutz strenger sanktionieren

Familie

Eigenständige Existenzsicherung für Frauen – Mit uns!

Familiensplitting ergänzt Ehegattensplitting – damit wollen CDU und CSU in den Wahlkampf gehen. Mit diesem Bekenntnis meißelt die Union die männliche Versorgerehe endgültig in Stein und legt Frauen, die berufstätig sein wollen, dicke Brocken in den Weg. Nach der Ausweitung der Minijobs, der Einführung eines Betreuungsgeldes wollen CDU/CSU am Ehegattensplitting festhalten – mit all dem verweigern sie Frauen in Deutschland eine eigenständige Existenzsicherung.

Und wäre das nicht schon schlimm genug, plant die Union auch noch ein Familiensplitting. Was zunächst gut und gerecht klingt, ist in Wahrheit Augenwischerei, denn mit der Union werden auch weiterhin nur die höheren Einkommen vom Splittingvorteil profitieren.

Nach Berechnungen des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW) würden mit einem Familiensplitting nur Familien mit drei oder mehr Kindern und die Spitzeneinkommen steuerlich stärker entlastet als im derzeitigen Familienleistungsausgleich. Um keinen Cent entlastet würden dagegen Familien mit mehreren Kindern im unteren und mittleren Einkommensbereich.

Wir werden für Verteilungsgerechtigkeit und Gleichstellung von Frauen und Männern sorgen – auch indem wir das Ehegattensplitting reformieren. Für langjährige Ehepaare, die ihre Lebensplanung auf das bisherige Steuersystem ausgelegt haben, wollen wir nichts ändern.

Umwelt

Strompreise – Wir wollen eine Senkung der Stromsteuer!

Als Strompreisbremse schlagen wir eine Senkung der Stromsteuer um 25 Prozent vor. Dies entspricht dem Anteil am Stromverbrauch, der bereits heute durch die Erneuerbaren Energien gedeckt wird. Mit dem Anstieg der Strompreise ist dem Staat auch ein entsprechender zusätzlicher Anteil an der Energiesteuer zugeflossen. Diese Mehreinnahmen sollen um 25 Prozent reduziert werden.

Diesen Anteil den Verbrauchern und Unternehmen zurückzugeben wäre somit eine konsequente und handwerklich saubere Lösung, um die Belastung durch steigende Energiekosten zu verringern. Peter Altmaiers "Strompreisbremse" ist hingegen schädlich, weil sie zu Investitionsunsicherheit führt und die Energiewende und damit auch massiv Industriearbeitsplätze gefährdet.

Wir sind bereit, auf der Grundlage einer kurzfristigen Strompreisbremse in Form einer Senkung der Energiesteuer Verhandlungen darüber zu führen, wie eine Energiewende aus einem Guss gemeinsam mit allen Bundesländern gestaltet werden kann, um Versorgungssicherheit und Bezahlbarkeit langfristig zu sichern.

Die Behauptung, wir verweigerten uns der Senkung der Stromkosten ist somit schlichtweg falsch.

Bonbon

„Natürlich will ich Erfolg, aber nicht um jeden Preis. Wenn es um Geld geht, muss man auch mal zufrieden sein."

(Uli Hoeneß, FC Bayern)

Gesundheit

Bürgerversicherung – Ende der Zwei-Klassen-Medizin!

Am Montag haben die Bertelsmann-Stiftung und der Bundesverband der Verbraucherzentrale eine Studie zur Bürgerversicherung vorgestellt. Es ist zu begrüßen, dass sie der unserer Bürgerversicherung vor dem Konzept der Grünen und der bestehenden Kopfpauschale den Vorzug geben, und damit dem Ende der Zwei-Klassen-Medizin und dem Weg zu einem gerechten Wettbewerb in der medizinischen Versorgung aller Bürger zustimmen.

Richtig dabei ist auch, dass Bertelsmann Stiftung und der Verbraucherzentrale Bundesverband feststellen, dass die Bürgerversicherung gering Verdienende und Rentnerinnen und Rentner entlastet, dabei aber die Arbeitgeber nicht belastet., wie das noch vor kurzem fälschlicherweise vom PKV-Verband unterstellt wurde.

Falsch ist jedoch, dass wir die mittleren Einkommen durch eine Finanzierung des Gesundheitssystems zu einem Drittel aus einer erhöhten Einkommensteuer belasten wollen.

Die Bürgerversicherung sieht weder vor, das Gesundheitssystem zu einem Drittel aus Steuern zu finanzieren, noch deswegen die Einkommensteuer zu erhöhen.

Vielmehr ist geplant, dass die Finanzierung durch eine Erhöhung der Kapitalertragsteuer erfolgt. Dadurch sind tendenziell höhere und nicht mittlere Einkommen betroffen. Zu den Verteilungswirkungen der Bürgerversicherung der SPD ist folgendes festzustellen: Die Bezieher geringer und mittlerer Einkommen sowie Rentnerinnen und Rentner werden zukünftig entlastet. Hohe Kapitalerträge werden belastet. Außerdem werden jene privat Versicherte, die hohe Prämien zahlen müssen, beim Wechsel in die Bürgerversicherung entlastet.

Finanzen

Konto für Jedermann – Das regelt Brüssel jetzt!

Die unfreiwillige Kontolosigkeit in Deutschland ist ein Skandal und hierzulande längst kein Randproblem mehr: Selbst die Bundesregierung schätzt, dass hundertausende Menschen in Deutschland davon betroffen sind. Ohne Girokonto können Menschen nur schwer eine Wohnung finden, wichtige Verträge schließen oder staatliche Leistungen erhalten. Deshalb brauchen wir endlich eine gesetzliche Verpflichtung der Kreditinstitute, kontolosen Kunden auf Antrag ein Guthabenkonto einzurichten. Wir haben diese Forderung bereits 2011 aufgestellt

Erst vor wenigen Tagen wurde unser Vorschlag von CDU/CSU und FDP im Bundestag endgültig abgelehnt. Umso wichtiger ist es, dass sich die EU-Kommission nun über die Blockierer in Deutschland hinwegsetzt.

Termine

19.05.13	**14.00 Uhr**	**Schützenfest Umzug Leuzbach**
20.05.13	**16.00 Uhr**	**Mühlenfest Dickendorf**
	19.00 Uhr	150 Jahre SPD, Mainz
21.05.13	*12.00 Uhr*	*HALBE-Rahmen Kirchen*
	14.00 Uhr	*Cafe Clean, Kirchen*
	18.00 Uhr	**Fotoausstellung SPD-AK, Stadthalle**
	20.00 Uhr	*Seniorenzentrum Uhrturm Dierdorf*
22.05.13	*08.45 Uhr*	*CJD Wissen*
	10.45 Uhr	*Diskussion Wied-Gymnasium Neustadt*
	19.00 Uhr	**Historischer Vortrag SPD Kirchen**
23.05.13	*16.00 Uhr*	*ZDF-Fernsehrat, Mainz*
	19.00 Uhr	**150 Jahre SPD, Kulturhaus Hamm**
24.05.13	*09.00 Uhr*	*ZDF-Fernsehrat, Mainz*
	14.30 Uhr	*SPD OV Weyerbusch*
	16.30 Uhr	**Grubenwanderung SPD Niederfischbach**
	19.30 Uhr	**Podiumsdiskussion KAB Niederfischbach**

ACHTUNG: *Kursivgedruckte Termine* **sind nichtöffentliche Termine oder Termine wo eine gesonderte Einladung erforderlich ist.**